

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
am 6. März 2021



Antragsbuch III

Änderungsanträge

Antragskommission

zum ordentlichen Landesparteitag
der NRWSPD am 6. März 2021

Dogan, Aylin	Landesparteirat
Kammerevert, Petra	Landesvorstand
Kämmerling, Stefan	Landesparteirat
Kampmann, Christina	Landesparteirat
Kapteinat, Lisa-Kristin	Landesparteirat
Lemmen, Veith	Landesparteirat
Lüders, Nadja	Landesvorstand
Maelzer, Dennis	Landesparteirat
Neumann, Josef	Landesparteirat
Ott, Jochen	Landesparteirat
Rimkus, Andreas	Landesparteirat
Rosenthal, Jessica	Landesparteirat
Stinka, André	Landesvorstand

Sprecherin der Antragskommission: Nadja Lüders

Änderungsanträge am Leitantrag L-01 Solidarpakt Zukunft

Nr.	Zeile	Antragssteller		Antragskommission
		Einleitung (1-353)		
L-01-Ä01	55	Forum Eine Welt	Z. 55, nach "...etwas verändern muss": "Ein einfaches "Zurück" darf es nicht geben" ersetzen durch: "Eine einfache Rückkehr zum Zustand vor der Krise darf es nicht geben. Wir wollen den politischen Handlungsdruck, der sich aus der akuten Bedrohungslage durch die globale Pandemie und deren Folgen ergibt, nutzen, um eine Vielzahl interdependenter, tieferliegender Missstände in NRW zu beseitigen. Indem wir die Pandemie und ihre Folgen hinter uns lassen, setzen wir Impulse für ein sozialeres, inklusiveres, umweltbewussteres und nachhaltiger wirtschaftendes Nordrhein-Westfalen. Nur so können wir die Krisenanfälligkeit der Gesellschaft reduzieren. Wir orientieren uns dabei auch am Konzept der Nachhaltigen Entwicklung und der Agenda 2030, denn um globale Krisen vor Ort zu bekämpfen, muss vor Ort das globale mitgedacht werden. Keine andere politische Kraft verfügt dabei über einen so engen programmatischen Zugang zu den Zielen nachhaltiger Entwicklung, wie die Sozialdemokratie."	Annahme
L-01-Ä02	274	Forum Eine Welt	Z. 274, nach "... investieren in Zukunft" hinzufügen: „pflegen internationale Partnerschaften, fördern entwicklungspolitische Initiativen, engagieren sich im Fairen Handel und machen Politik auch in globalen Bezügen erlebbar. Auch muss im Beschaffungswesen Spielraum gelassen und die Fort- und Durchführung bereits begonnener oder beschlossener Projekte im Bereich der Nachhaltigkeit gesichert werden.“	Annahme
L-01-Ä03	288	NRW Jusos	Ersetze in Z. 288-289: „Viele Kommunalhaushalte sind nun durch Corona ins Wanken geraten“ durch: „Seit Jahren sanieren viele Kommunen ihre Haushalte unter höchsten Anstrengungen. Die Corona-Krise zerstört jedoch diese jahrelange Arbeit.“	Annahme in geänderter Fassung „Seit Jahren sanieren viele Kommunen ihre Haushalte unter höchsten Anstrengungen. Die Corona-Krise gefährdet jedoch diese jahrelange Arbeit.“
L-01-Ä04	329	NRW Jusos	Z. 329 füge ein nach „nehmen“: „Auch die schon längst überfällige Einführung einer Finanztransaktionssteuer muss schnell umgesetzt werden.“	Annahme
L-01-Ä05	351	Forum Eine Welt	Z. 351, nach "...Solidarität möglich ist": hinzufügen „Im Geist der internationalistischen Tradition der SPD schließt unser Verständnis von Solidarität ein, dass alle Menschen auf dem Planeten, heutige und zukünftige Generationen ein Recht auf ein gutes Leben haben. Gleichzeitig gilt es, die planetarischen Grenzen zu beachten.“	Annahme
L-01-Ä06	352	NRW Jusos	Z. 352 füge ein nach „ist“: „Schon lange ist klar, dass Hartz IV durch eine solidarische Grundsicherung abgelöst werden muss, um Geringverdiener*innen und Erwerbslose ein würdevolles Leben mit sozialer Teilhabe zu ermöglichen. Die Pandemie hat	Erster Teil erledigt durch Bundesparteitagsbeschluss

<p>Fassung AK: L-01- Ä07</p>		<p>viele Notlagen noch einmal verschärft, weil sie sozial-selektiv wirkt. Menschen mit niedrigem Einkommen oder ohne Arbeit werden wirtschaftlich härter von der Krise getroffen, Kinderarmut verschärft sich und ganze soziale Schichten werden noch stärker von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen.</p> <p>Unsere Position:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine deutlich längere Bezugsdauer des ALG I (Arbeitslosengeld) gerade bei langen Beitragsjahren • die Einführung eines ALG Q, mit dem Zeiten der Weiterbildung oder Umschulung finanziert werden, um Beschäftigte in der Transformation nicht allein zu lassen • die überfällige Abschaffung von Hartz IV durch ein sanktionsfreies und bedarfsgerechtes Bürger*innengeld • eine eigenständige Kindergrundsicherung • ein Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung sowie ein Recht auf Arbeit, zu dem auch das Konzept einer Jobgarantie gehört • kurzfristige Mehrbedarfzuschläge während der Corona-Krise, beispielsweise für FFP2-Masken, anstatt von Gutscheinen, die Menschen absprechen, eigenmächtig mit ihrem Geld umgehen zu können und es für ihren Bedarf individuell einzusetzen • für Bezieher*innen von Hartz IV und Grundsicherung für Alte und Erwerbsgeminderte die bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze und für die Dauer der Covid-Krise einen Mehrbedarfzuschlag <p>Das Corona-Virus hat nicht nur sozial-selektiv gewirkt, sondern auch nochmal die enorm ungleich verteilte Belastung von Frauen in unserer Gesellschaft sichtbar gemacht, und zwar in mehreren Hinsichten. Zum einen werden die als systemrelevant erkannten Berufe, ob in der Pflege oder an der Supermarktkasse, überwiegend von Frauen ausgeübt und trotz Systemrelevanz viel zu schlecht bezahlt. Und zum anderen wurde einmal mehr deutlich, wie viel zuvor ‚unsichtbare‘ und unentgeltliche Carearbeit von Frauen im privaten Bereich geleistet wird. Durch den Wegfall von Betreuungsmöglichkeiten im Zuge der Pandemie hat sich dieses massive Ungleichgewicht noch weiter verstärkt und es ist nicht hinnehmbar, dass nach wie vor feministische Belange bei der Bewältigung der Krise überhaupt keine Rolle spielen.</p> <p>Unsere Position:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Endlich eine angemessene Entlohnung von Berufen, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden und entsprechende angemessene Arbeitsbedingungen. • Die schwierigen Arbeitsbedingungen in vielen Care-Berufen hängen häufig auch mit einer nicht ausreichenden Personalausstattung zusammen beziehungsweise ließe sich auch sagen, dass beide Probleme sich gegenseitig bedingen. Um diese Zustände aktiv anzugehen, soll es ein staatlich subventioniertes Umschulungsprogramm für Care-Berufe geben, das Perspektiven für Arbeitnehmer*innen, aber auch für die Gesellschaft, die elementar auf diese Branchen angewiesen ist, schafft. 	<p>FFP2 erledigt durch Regierungshandeln</p> <p>Annahme ab „Das Corona-Virus hat nicht nur sozial-selektiv gewirkt[...]“</p>
--	--	--	--

			<ul style="list-style-type: none"> • Außerdem sind Bund, Länder und Kommunen in der Pflicht für eine bedarfsgerechte und kostenlose Bereuungsstruktur zu sorgen, die auch in Krisenzeiten oberste Priorität hat. • Und schließlich braucht es endlich eine konsequent feministische Sozialstaatspolitik, die Frauen unabhängig von einem möglichen Partner gegen Lebensrisiken schützt.“ 	
		Bildung (355-1079)		
L-01-Ä08	433	NRW Jusos	Ersetze in Z. 433 „den Erfolg“ durch: „bestmögliche Bildung“	Annahme in geänderter Fassung: „Auch in Krisenzeiten haben Kinder ein Recht auf beste Bildung.“
L-01-Ä09	446	NRW Jusos	Ergänze nach Z. 446: “Insbesondere sollen deshalb Schüler*innen bei Expert*innenanhörungen des Landtags zu Wort kommen und in parteiinterne Prozesse eingebunden werden. Vertretungsstrukturen, die sich hierfür besonders anbieten sind die Landesschüler*innenvertretung NRW und die Arbeitsgemeinschaft der Juso-Schüler*innen.”	Annahme in geänderter Fassung: „Insbesondere sollen deshalb Schüler*innen bei Expert*innenanhörungen des Landtags zu Wort kommen. Die SPD-Landtagsfraktion ist mit ihrem Schulgipfel hier bereits Vorreiterin. Vertretungsstrukturen, die sich hierfür besonders anbieten sind die Landesschüler*innenvertretung NRW und die Arbeitsgemeinschaft der Juso-Schüler*innen.”
L-01-Ä10	453	NRW Jusos	Streiche Zeile 453 bis 455 ersatzlos	Annahme in Fassung der Antragskommission: Ergänze statt Streichung in Zeile 461: „Dabei wird darauf geachtet, dass die Vielfältigkeit des Bildungsangebots erhalten wird.“
L-01-Ä12	484	NRW Jusos	Ergänze in Z. 484 nach „anzubieten“: „Hierbei soll auch auf bereits vorhandene Kompetenzen und Ressourcen von Vereinen und ehrenamtlichen Organisationen zurückgegriffen und gemeinsame Kooperationsangebote im Schulalltag angeboten werden, um statt einer Konkurrenz in der Nachmittagsgestaltung einen Mehrwert für alle Beteiligten zu ermöglichen.“	Annahme in Fassung der Antragskommission: Streiche Zeile 478 bis 485 und ersetze durch: "In Absprache mit den Trägern der OGS, dem pädagogischen Personal (wie Kunst-, Theater- und MusikpädagogInnen), den Kommunen sowie Vereinen und weiteren ehrenamtlichen Organisationen sind

				Ferienprogramme aufzulegen. Sie sollen flächendeckend ein pädagogisch untermauerte Spiel- und Freizeitaktivitäten anbieten, ohne dabei in Konkurrenz zu bestehen Angeboten zu treten.“ Dann regulär weiter in Z. 485 mit „Im Zuge dieser Planung.“
L-01-Ä14	504	NRW Jusos	Ergänze nach Z. 504: „Dazu soll das Land NRW die Kommunen als Schulträger*innen mit den nötigen finanziellen Mitteln zur Deckung der dadurch zusätzlich anfallenden Personalkosten ausstatten.“	Annahme in Fassung der Antragskommission: Ergänze nach Z. 504: „Dazu soll das Land NRW die Kommunen als Schulträger*innen mit den nötigen finanziellen Mitteln zur Deckung der dadurch zusätzlich anfallenden Personalkosten ausstatten. Dabei muss auch der Bund unterstützen, damit es in den einzelnen Ländern ein einheitliches Vorgehen gibt.“
Fassung AK: L-01-Ä15				
L-01-Ä16	525	NRW Jusos	Ergänze in Zeile 525 nach „in“: „kommunaler“	Ablehnung
L-01-Ä17	548	NRW Jusos	Streiche Z. 548 ab „Konkret“ bis Z. 556 „werden“ ersatzlos	Ablehnung
L-01-Ä18	564	NRW Jusos	Streiche Z. 564 – Z. 575 ersatzlos	Ablehnung
L-01-Ä19	590	NRW Jusos	Ergänze nach Z. 590: „Dabei dürfen Lernpausen der Schüler*innen, insbesondere Ferien, nicht ignoriert werden - Auch, oder gerade das Lernen in der Pandemie zehrt an den Kräften. Die Schüler*innen und Lehrkräfte haben sich ihre Pausen verdient. Um mittel- und langfristig den Problemen im Bildungssystem zu begegnen streben wir weiterhin ein Bildungssystem an, in dem alle Schüler*innen dieselben Chancen haben. Wir wollen eine Schule für alle, die durch individuelle Förderung die Herausforderungen der Schüler*innen aufnimmt und sie bei deren Bewältigung unterstützt.“	Annahme in Fassung der Antragskommission: Ergänze in Z. 488: „Dabei respektieren wir selbstverständlich die dringend notwendigen Lernpausen sowohl für Lehrkräfte als auch für die SchülerInnen.“ Ansonsten erledigt durch Beschlusslage
Fassung AK: L-01-Ä20				
L-01-Ä21	591	Region OWL	Der Landesparteitag möge folgende Ergänzung des Leitantrags L1 in Zeile 591 beschließen: Dabei müssen wir konstatieren, dass aktuell Verschwörungsideologien mit staatsfeindlichen Tendenzen stark im Umlauf sind. Daher ist die Abschaffung des Faches Sozialwissenschaften im Land Nordrhein-Westfalen das völlig	Annahme in Fassung der Antragskommission: „Die Abschaffung des Faches Sozialwissenschaften im Land Nordrhein-Westfalen ist das völlig

Fassung AK: L-01- Ä22			falsche Signal. Die Erziehung zum mündigen Bürger mit einer fundierten politischen, soziologischen und ökonomischen Bildung ist für uns essentiell.	falsche Signal. Die Erziehung zu mündigen Bürger*innen mit einer fundierten politischen, soziologischen und ökonomischen Bildung ist für uns essentiell.“
L-01- Ä23	615	NRW Jusos	Ergänze in Z. 615 nach „Lehrpersonal“: „sowie Schüler*innen und Kommunen“	Annahme
L-01- Ä24	691	NRW Jusos	Ergänze in Z. 691 nach „Lehrkräften“: „oder den Kommunen“	Annahme
L-01- Ä25	734	NRW Jusos	Ersetze in Z. 734 „und“ durch „“,	Annahme in der Fassung der Antragskommission: Chancengleichheit besteht nicht, wenn der Zugang zur digitalen Bildung vom Einkommen des Elternhauses abhängt.
L-01- Ä26				
L-01- Ä27	735	NRW Jusos	Ergänze in Z. 735 nach „Bildungsnähe“: „oder einem Migrationsgeschichte“	Ablehnung
L-01- Ä28	831	NRW Jusos	Ergänze in Z. 831 nach „Probleme gerieten“: „Die Krise machte nochmal deutlich, dass das BAföG elternunabhängig sein muss.“	Annahme
L-01- Ä29	839	NRW Jusos	Ersetze die Z. 839-840 „In Krisenzeiten brauchen Studierende zudem“ durch: „Die Krise hat gezeigt, wie fragil die finanzielle Lage der Studierenden sein kann. Daher brauchen Studierende auch finanzielle Hilfe unabhängig von Krisenzeiten.“	Annahme
L-01- Ä30	878	NRW Jusos	Ergänze in Z. 878 nach „zu Verfügung“: „Der erste Schritt muss sein diesen vollkommen auszuschöpfen. Anschließend brauchen wir eine Verstetigung der Investitionen, ...“	Annahme
L-01- Ä31	884	NRW Jusos	Ergänze in Z. 884 nach „muss“: „bedürfnisorientiert“	Annahme
		Wirtschaft (1081-1628)		
L-01- Ä32	1226	NRW Jusos	Z. 1226 füge ein nach „Wohlstandsverteilung“: „Die Verantwortung für das Wohl der Menschen zeigt uns aber auch Grenzen des technischen Fortschritts auf. Neue Kriegswaffen sind für uns kein sozialer Fortschritt und gehören daher nicht gefördert.“	Annahme in Fassung der Antragskommission: Staatliche Technologieförderung muss zudem immer Grenzen finden, wo sie sich Technologie gegen den Menschen richtet. Wir sind die Friedenspartei, daher verwehren wir uns der staatlichen Förderung von Forschung und Entwicklung von Kriegswaffen.
Fassung AK: L-01- Ä33				
L-01- Ä34	1130	Forum Eine Welt	Z. 1130, nach "...und krisenanfällig" hinzufügen: „Corona hat uns auch die Abhängigkeit von wenig resilienten globalen Lieferketten vor Augen geführt. Um in Zukunft diese	Annahme

			Abhängigkeiten zu mindern, müssen strategische Wertschöpfungsketten für Europa definiert und die Kreislaufwirtschaft im Sinne einer „Circular Economy“ sowohl im europäischen als auch im globalen Kontext gestärkt werden. Eine Renationalisierung von Lieferketten ist keine mit Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung vereinbare Krisenprävention. Vielmehr muss in eine weitere globale Diversifizierung und vorausschauende Bevorratung vor allem von medizinischen Bedarfsgütern und Medikamenten investiert werden. Nationale oder regionale Abschottung, Desintegration von Handelsbeziehungen und internationaler Arbeitsteilung bergen dagegen den Keim für soziale und politische Konflikte der Zukunft.“	
L-01-Ä35	1277	NRW Jusos	Z. 1277 füge neue Punkte ein nach „werden“: <ul style="list-style-type: none"> • „Auch wollen wir kollektive Rechte an Innovation sichern, indem wir Regelungen für öffentliche Vergabepolitik und Fördermittelvergabe daran anpassen. • Um einen geeigneten Rahmen für zukunftsgerichtete Investitionen zu schaffen, muss unser politisches Ziel die Abschaffung der Schuldenbremse aus der Länder- & Bundesverfassung sein, um dringende und zukunftsgerichtete Investitionen in die Daseinsvorsorge tätigen zu können.“ 	Votum folgt
L-01-Ä36	1299	NRW Jusos	Z. 1299 füge ein nach „Mitbestimmung“: „Besonders während der Corona-Krise ist klar geworden, dass Tarifverträge ihrer Absicherungsfunktion mehr als gerecht werden.“	Annahme
L-01-Ä37	1314	NRW Jusos	Z. 1314 füge neuen Punkt ein nach „Position“: <ul style="list-style-type: none"> • „Wir wollen allen Beschäftigten eine selbstbestimmte Arbeit mit sicheren und planbaren Arbeitszeitstandards ermöglichen und fordern daher die 30-Stunden Woche.“ 	Annahme in Fassung der Antragskommission: „ [...] und fordern daher moderne Arbeitszeitmodelle, wie zum Beispiel die 30 Stunden-Woche-Forderung nach dem Modell der IG Metall.“
L-01-Ä38				
L-01-Ä39	1319	NRW Jusos	Z. 1319 füge neuen Punkt ein nach „gewinnen“: <ul style="list-style-type: none"> • „Wir wollen, dass Beschäftigte in systemrelevanten Berufen endlich angemessen bezahlt werden.“ 	Annahme
L-01-Ä40	1334	NRW Jusos	Z. 1334 füge ein nach „unterstützt“: „Gleichzeitig wollen wir aber nach der Pandemie mittels einer Ausbildungsplatzumlage dafür sorgen, dass Unternehmen, die aus Profitgründen keine Ausbildungsplätze anbieten, obwohl sie es sich leisten könnten, an der Finanzierung beteiligt werden. Des Weiteren müssen wir auch dafür sorgen, dass Ausbildungsplätze krisenfest werden. Dies soll mittels einer Ausbildungsplatzgarantie realisiert werden, die im BBIG festgeschrieben wird und sicherstellt, dass junge Menschen Perspektiven haben.“	Annahme
L-01-Ä41	1334	NRW Jusos	Z. 1334 füge neuen Punkt ein nach „unterstützt“: <ul style="list-style-type: none"> • „Wir wollen aber auch eine Ausbildung, die auf den Wandel der Industrie vorbereitet und den Anforderungen der Zeit 	Annahme

			gerecht wird. Dafür wollen wir, dass die Ausbildungsrahmenpläne an die Herausforderungen des Industriewandels angepasst werden und die Kapazitäten der Berufskollegs ausgebaut werden.“	
L-01-Ä42	1411	NRW Jusos	Z. 1411 füge neuen Punkt ein nach „reguliert“: • „Um Plattformen demokratisieren zu können, wollen wir uns für Plattformräte einsetzen.“	Annahme
L-01-Ä43	1481	NRW Jusos	Z. 1481 Ergänze vor „Grüner“: • „Eine wichtige Rolle bei der sozial-ökologischen Transformation kommt dem Wasserstoff zu. Wir planen große Förderprogramme, um insbesondere grünen Wasserstoff als Alternative zu fossilen Rohstoffen schnell zu etablieren. Dabei setzen wir nicht nur auf Wasserstoff als Energielieferant für die Industrie, sondern auch als Antriebstechnik im Verkehr und als Wärmetechnik in der Beheizung von Quartieren.“	Annahme in Fassung der Antragskommission: Eine wichtige Rolle bei der sozial-ökologischen Transformation kommt dem Wasserstoff zu. Dabei setzen wir auf Wasserstoff nicht nur als Energielieferant für die Industrie, sondern auch als Antriebstechnik im Verkehr und als Wärmetechnik in der Beheizung von Quartieren. Dazu entwickeln wir Marktanreizprogramme zur Förderung dieser Wasserstofftechnologie.
Fassung AK: L-01-Ä44				
L-01-Ä45	1517	Forum Eine Welt	Z 1517, nach "...Steuer" das Folgende ersetzen durch: „So ist etwa die staatliche Subventionierung von Umwelterstörung durch eine steuerliche Bevorzugung nachhaltiger und fairer Produkte zu ersetzen“	Annahme
L-01-Ä46	1574	NRW Jusos	Z. 1574 füge ein nach „Drittländern“: „Dafür braucht es ein wirksames Lieferkettengesetz, mit welchem wir auch global für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen und das Klima schützen können.“	Erledigt durch Gesetzgebung
L-01-Ä47	1592	NRW Jusos	Z. 1592 streiche: "attraktiven"	Annahme
		Gesundheit und Pflege (1630-2414)		
L-01-Ä48	1772	NRW Jusos	Z. 1772 füge ein nach „gilt“: „Außerdem muss der darauf anfallenden Bürokratisierung entgegengewirkt werden. Dies hat zur Folge, dass Pflegekräfte weniger Zeit für die Pflege von Kranken zur Verfügung haben. Das muss sich dringend ändern, damit wieder echte Pflege möglich ist, nämlich am Menschen und nicht hinter einem Bildschirm.“	Annahme
L-01-Ä49	1785	NRW Jusos	Z. 1785 füge ein nach „nehmen“: „und das Gesundheitssystem zurück in öffentliche Hand zu bringen.“	Erledigt durch Annahme des Antrags G-03
L-01-Ä50	1927	NRW Jusos	Z. 1927 füge ein nach "Qualität": „Und die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen darf dabei keine leere Worthülse bleiben. Konkret müssen wir an die Einhaltung der Arbeitszeiten und den Personalschlüssel ran. Es kann nicht sein, dass Pflegekräfte teilweise 10 Tage am Stück arbeiten und dann kaum Ruhezeiten bekommen. Außerdem braucht es vernünftige Zuschläge, die Mehrbelastung zumindest teilweise ausgleichen können. Die momentan belastenden Arbeitsbedingungen sind für viele eine Zumutung und zwingen teilweise dazu, den Beruf zu	Annahme in Fassung der Antragskommission: Ergänze zusätzlich nach „teilweise ausgleichen können.“: Dafür ist es notwendig, dass der Arbeitsschutz in NRW im Mittelpunkt steht.“
Fassung AK:				

L-01-Ä51			wechseln. Dies macht den Beruf auch für Nachwuchskräfte unattraktiv.“	
L-01-Ä52	2020	NRW Jusos	Z. 2020 füge ein nach „Auszubildende“: „Außerdem stehen wir für eine Teilakademisierung einiger Ausbildungen im Carebereich, wie zum Beispiel in der Pflege. Das bedeutet für uns, dass Menschen selbst entscheiden können, ob sie Careberufe in einem Studium erlernen möchten oder in einer Berufsausbildung. Zum einen um Beschäftigte, die das Studium wählen, zu befähigen, neue wissenschaftliche Erkenntnisse in ihre Arbeit miteinfließen zu lassen, zum anderen um Ausbildungen in diesen Bereichen attraktiver zu machen. Alle Ausbildungen müssen dabei unter das Berufsbildungsgesetz (BBiG) fallen. Dadurch gäbe es auch die dringend benötigten einheitlichen Ausbildungsrahmenpläne, die nicht von Schule zu Schule unterschiedlich gelehrt werden dürfen. Wir fordern außerdem die Vollakademisierung der Therapieberufe, die bereits heute Therapiepläne und -konzepte eigenständig durchführen und damit Therapeut*innen nicht weiter auf die ärztlichen Verordnungen von Therapien angewiesen sind. Die Vollakademisierung ist auch im Sinne einer europaweiten Anerkennung der Berufe elementar. Und letztendlich braucht es europaweite Regelungen, durch die es Menschen ermöglicht wird, ihre europäische Freiheit ihren Arbeitsplatz frei zu wählen, wirklich zu nutzen. Bisher werden Ausbildungen unterschiedlich anerkannt und schränken viele Beschäftigte ein, ihren Beruf in einem anderen europäischen Land auszuüben.“	Ablehnung
L-01-Ä53	2083	NRW Jusos	Z. 2083 füge ein nach „Wachen“: „Und Gesundheitsversorgung beginnt auch nicht erst dort, wo Ärzt*innen ins Spiel kommen. Es ist dringend notwendig, Beratungsstellen und andere soziale Einrichtungen, die sich unter anderem um die psychische Gesundheit von Menschen kümmern, mit in den Blick zu nehmen. Viel zu oft fallen ihre Probleme und Herausforderungen hinten rüber. Doch ohne eine gut funktionierende soziale Arbeit leidet auch die gesundheitliche Versorgung. Dies hat sich während Corona nochmals verstärkt. Beratungsstellen und andere soziale Einrichtungen haben in der politischen Debatte nicht stattgefunden, ihre Sorgen, vor allem während Corona, wurden nicht ernstgenommen. Das wollen wir ändern und die soziale Arbeit in den Blick nehmen.“	Annahme in Fassung der Antragskommission: „Und Gesundheitsversorgung beginnt auch nicht erst dort, wo Ärzt*innen ins Spiel kommen. Es ist dringend notwendig, Beratungsstellen und andere soziale Einrichtungen, die sich unter anderem um die psychische Gesundheit von Menschen kümmern, mit in den Blick zu nehmen. Viel zu oft fallen ihre Probleme und Herausforderungen hinten rüber. Doch ohne eine gut funktionierende soziale Arbeit leidet auch die gesundheitliche Versorgung. Dies hat sich während Corona nochmals verstärkt. Beratungsstellen und andere soziale Einrichtungen haben in der politischen Debatte nicht
Fassung AK: L-01-Ä54				

				ausreichend stattgefunden. Wir nehmen ihre Sorgen, grundsätzlich und während der Coronapandemie ernst.“
L-01-Ä55	2190	NRW Jusos	Z. 2190 füge ein nach „Belastungen“: „Außerdem wollen wir uns dafür einsetzen, dass Altenpflegekräfte keine minutiösen Vorgaben für ihre Pflegeaufgaben bekommen. Sie können mit ihrer Kompetenz selbst entscheiden, wie lange sie für eine Aufgaben brauchen und was notwendig ist. Die Pflege von Menschen darf nicht kapitalisiert werden.“	Annahme
Kommunen (2416-2832)				
L-01-Ä56	2442	NRW Jusos	Ergänze nach Z. 2442 als neuen Punkt: * „Kultur findet vor Ort statt. Damit dem auch in Zukunft so ist, braucht es eine ausreichende Finanzierung durch das Land.“	Annahme
L-01-Ä57	2630	NRW Jusos	Ergänze in Z. 2630: „Die kommunale Selbstverwaltung ist als zentrales Prinzip unseres Staatsverständnisses zu wahren und zu fördern. Kommunen müssen sich für Zuschusszahlungen den auf Landes- und Bundesebene entwickelten „Projektrastern“, zwangsläufig unterordnen. Dem gilt es entgegenzuwirken, damit auch kommunale Prioritäten genügend Berücksichtigung finden. Zeitgleich muss auch die Zuweisung von Landes- und Bundesmitteln verstärkt über Schlüssel und Grundzuweisungen erfolgen. Bei der Erarbeitung von „Projektrastern“ müssen die Kommunen viel mehr einbezogen werden. Es muss eine Kommunikationsstelle zwischen Bund, Land und Kommunen etabliert werden, die die Kommunen gleichwertig an der Erarbeitung solcher Raster beteiligt.“	Ablehnung
L-01-Ä58	2631	NRW Jusos	Ersetze in Z. 2631-2635 von „Nach“ bis Z. 2635 „übernommen“ durch: „Auch als echte Krisenmanagerinnen haben sich unsere Kommunen ausgezeichnet. Sie haben schon in verschiedensten Krisen Verantwortung übernommen“	Annahme
L-01-Ä59	2697	NRW Jusos	Füge als neuen Absatz ein in Z. 2697: „Ein weiterer Ansatzpunkt kann die Reformierung der Finanzierung der Landschaftsverbände in NRW sein. Nordrhein-westfälische Kommunen haben im Ländervergleich darunter zu leiden, dass sie in erheblichem Maße die Kosten für die Landschaftsverbände tragen, während sie in anderen Bundesländern durch den Landeshaushalt finanziert werden. Im Landschaftsverband Westfalen-Lippe wird der Haushalt zu zwei Dritteln aus Beiträgen (Landschaftsumlage) der Landkreise und kreisfreien Städte finanziert. Künftig sollte der kommunale Anteil nicht über 50 Prozent liegen.“	Ablehnung
L-01-Ä60	2697	NRW Jusos	Füge als neues Kapitel ein in Z. 2697: „Kultur findet vor Ort statt Eine Gesellschaft in der Teilhabe und ein daraus resultierender Zusammenhalt entstehen soll, wird vor Ort durch kultur- und demokratieschaffende Anlaufstellen befördert. NRW zeichnet sich dabei durch eine vielfältige Kulturlandschaft aus. Sie ist in weiten Teilen bereichernd, inklusiv und demokratiefördernd. Angefangen beim Karnevalsverein in Köln, dem Bergmannsverein in Duisburg, dem Techno-Club in Münster oder dem Kleintheater in Bielefeld, sie alle verbindet, dass ihnen derzeit jegliche Grundlage entzogen wird. Ihr integrativer Charakter fehlt in diesen schweren Zeiten. Wenn das öffentliche Leben Stück für Stück wieder hochgefahren wird, wird in den Kommunen ein neues gutes Zusammenleben	Annahme in Fassung der Antragskommission: Füge als neues Kapitel ein in Z. 2697: „Kultur findet vor Ort statt Eine Gesellschaft in der Teilhabe und ein daraus resultierender Zusammenhalt entstehen soll, wird vor Ort durch kultur- und demokratieschaffende
Fassung AK:				

L-01- Ä61			<p>organisiert werden müssen. Denn gerade die kleinen Kulturorte sind der Schmelztiegel gesellschaftlichen Zusammenhalts.</p> <p>Damit Kommunen sich nicht unter der Last der Corona-Schulden gezwungen sehen, auch die letzten Fördermittel für Vereine und Kulturverbände zusammenstreichen zu müssen, benötigt es speziell Mittel von Seiten des Landes und des Bundes. Vorstellbar sind dabei etwa Mikrohilfspakete, die den Fortbestand von lokalen, durch den Corona-bedingten Ausfall von Festveranstaltungen oder ähnlichem in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Vereinen ermöglichen. Das schließt auch die lokale Kunst- und Kulturszene ein. Um ein Club-Sterben und die reihenweise Schließung von Kulturorten zu verhindern, braucht es auch hier finanzielle Unterstützung und Fördertöpfe für Kleinkunst, damit auch in Zukunft auch ein vielfältiges kulturelles Angebot in den Kommunen NRW bestehen bleibt. Denn Kommunen müssen die geeignete Mittelzufuhr haben, um den Fortbestand dieser Anlaufstellen sicherzustellen.“</p>	<p>Anlaufstellen befördert. NRW zeichnet sich dabei durch eine vielfältige Kulturlandschaft aus. Sie ist in weiten Teilen bereichernd, inklusiv und demokratiefördernd. Angefangen beim Karnevalsverein in Köln, dem Bergmannsverein in Duisburg, dem Techno-Club in Münster oder dem Kleintheater in Bielefeld, sie alle verbindet, dass ihnen derzeit jegliche Grundlage entzogen wird. Ihr integrativer Charakter fehlt in diesen schweren Zeiten. Wenn das öffentliche Leben Stück für Stück wieder hochgefahren wird, wird in den Kommunen ein neues gutes Zusammenleben organisiert werden müssen. Denn gerade die kleinen Kulturorte sind der Schmelztiegel gesellschaftlichen Zusammenhalts.</p>
--------------	--	--	--	--

Änderungsanträge St-01, „Social Green Deal“ – nachhaltige Industrie als Grundlage für sozialen, demokratischen und ökologischen Fortschritt

Nr.	Zeile	Antragssteller		Antragskommission
I Industrieller Kern (79-161)				
St-01- Ä01	137	NRW Jusos	<p>Ergänze in Z. 137 nach „verkauft werden“: Um Innovationen besser zu fördern wollen wir, dass der Staat Start-Ups stärker als bisher mit Wagniskapital unterstützt. Allerdings darf der Staat hierbei nicht nur einseitig an Verlusten beteiligt werden, sondern sollte im Erfolgsfall auch an Gewinnen beteiligt werden.</p>	Annahme
II Wandel (163-348)				
St-01- Ä02	198	NRW Jusos	<p>Ergänze in Z.198 nach „Veränderungen aufbauen“: Die sozialpolitische Absicherung im Wandel der Arbeitswelt muss im Sinne der Beschäftigten forciert werden, vor allem durch die Stärkung von Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen und der Jobgarantie. Auch eine Rolle spielt dabei stets die Stärkung der Ausbildung. Um auf den Wandel der Industrie reagieren zu können, müssen die Ausbildungsrahmenpläne ebenfalls angepasst werden. Zuletzt ist es dringend nötig, jungen Menschen Zukunftsperspektiven in der wandelnden Industrie</p>	Annahme

			aufzuzeigen. Dies kann besonders durch eine Ausbildungsplatzumlage und Ausbildungsgarantie realisiert werden.	
St-01-Ä03	297	NRW Jusos	Ergänze in Z. 297 nach „Wertschöpfungsketten: Eine Schlüsselrolle dafür ist ein aktiver, investierender Staat. Diesem Bestreben wirkt jedoch die schwarze Null als Bremse entgegen.	Annahme
St-01-Ä04	297	NRW Jusos	Ergänze in Z. 297 nach „Wertschöpfungsketten“: Durch steuerpolitische Maßnahmen können Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Digitalisierung und Klimaschutz verbessert werden.	Annahme
St-01-Ä05	298	NRW Jusos	<p>Ergänze in Z. 298: Die Energiewende wird in der öffentlichen Debatte leider zu oft verkürzt auf eine Frage der Kraftwerke, auf “Kohle – ja oder nein?”. Für uns ist dabei klar: Die Energieversorgung der Zukunft ist weder fossil noch atomar. Wir wollen den Ausstieg aus Kohle und Atom. Die Frage nach dem Datum des Kohleausstiegs ist dabei in der Gesellschaft hoch umstritten.</p> <p>Der Kompromiss der Kommission “Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung” (Kohle-Kommission), der schrittweise Ausstieg aus der Förderung von Braunkohle und Verstromung von Braun- und Steinkohle bis zum Zeitkorridor 2035 bis 2038 ist unzureichend und das Ergebnis eines mangelnden Investitionswillens und kapitalistischer Unternehmensinteressen. Auf Seiten der Beschäftigten vor Ort und anderer lokaler Akteur*innen herrscht große Unsicherheit, denn am Ruhrgebiet wird deutlich, welche negativen Folgen ein Strukturwandel haben kann, der zu stark dem Spiel des freien Markts überlassen worden ist. Doch aufgrund der breiten Beteiligung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteur*innen in der Kommission – Arbeitgeber*innen, Industrie, Gewerkschaften, Politik, die Kirchen, Umweltverbände und Bürger*innen aus den betroffenen Revieren – kann der Kompromiss nicht einfach beiseite gewischt werden. Wir müssen alles dafür tun, dass die Energiewende sozial und schnell geschieht. Dazu müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ein wirklich tragfähiges Konzept für die betroffenen Regionen zur Umstrukturierung der Wirtschaft. Wir können uns keinen gescheiterten Strukturwandel leisten. Eine Deindustrialisierung muss dabei verhindert werden. • Die Demokratisierung der Wirtschaft: Solange kapitalistische Interessen Vorrang vor dem Gemeinwohl haben, kann es keine nachhaltige, soziale und ökologische Transformation geben. • Massive Investitionen in den Umbau der Energieversorgung und Infrastruktur. Die Kosten müssen von denen getragen werden, die viel haben und geben können. Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen und ohne nennenswerte Vermögen müssen entlastet werden. <p>Wenn diese Bedingungen nicht nur politische Lippenbekenntnisse sind, sondern mit konkreten Plänen und Maßnahmen unterlegt werden, dann unterstützen wir einen schnelleren Kohleausstieg bis 2030.</p>	Ablehnung
		III Bündnis für Fortschritt (350-753)		

St-01-Ä06	361	NRW Jusos	Ergänze nach Z. 361: Gute Arbeit, die dem Wandel gerecht wird, bedeutet aber auch das Wohl der Arbeitnehmer*innen auch facettenreich zu gewährleisten. Eine Befragung der IG Metall macht deutlich, dass die Mehrheit der 680.000 Befragten sich eine 35-Stunden-Woche wünschen oder sogar kürzere Arbeitszeiten. Die Beschäftigten wollen einen neuen Arbeitszeitstandard, der ihnen die Möglichkeit Leben und Arbeit selbstbestimmt zu gestalten und gleichzeitig Sicherheit gibt. Dafür bedarf es neuer Arbeitszeitmodelle und neue effizientere Modelle der Dokumentation. Daher unterstreichen wir die Forderung nach der 30-Stunden-Woche.	Erledigt durch Annahme L-01 - 28 in L-01
St-01-Ä07	366	NRW Jusos	Ergänze in Z. 366 nach „vorantreiben“: Wir müssen aber auch gleichzeitig durch ein aktives Gestalten neue Arbeitsplätze, zum Beispiel in der Energiewende, fördern.	Erledigt durch Zeilen 419 ff
St-01-Ä08	376	NRW Jusos	Ergänze in Z. 376 nach „qualifizierte Arbeit“: Der Umbau des Energiesystems wird umfassende Baumaßnahmen, die Errichtung neuer Anlagen zur Produktion, Verteilung und Speicherung von Energie und die Veränderung der Infrastruktur benötigen und damit ebenfalls einen sehr hohen Arbeitsbedarf erfordern. Wenn also einerseits ein riesiger Bedarf an Arbeitskraft besteht und bestehen wird, der vor allem von Menschen geleistet werden wird und es andererseits Regionen gibt, in denen alte Wirtschaftszweige auslaufen und nicht weiter bestehen können, müssen diese beiden Seiten zusammengebracht werden. Konkret heißt das: Bei allem, was für die Transformation produziert, installiert und gebaut werden muss, sind die zu beauftragenden Unternehmen priorisiert in den ehemaligen Braun- und Steinkohlerevieren anzusiedeln oder Unternehmen den Vorzug zu geben, die bereits in der Region verortet sind und gute tarifliche Arbeitsbedingungen bieten. Außerdem wollen wir für die Dauer des Transformationsprozesses die Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge ändern. In den (ehemaligen) Revieren sollen nach Vorbild des Preston Modells der Labour Party Aufträge nicht mehr nur nach dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit vergeben werden, sondern vor allem nach dem Nutzen für die regionale Wirtschaft.	Ablehnung
St-01-Ä09	382	NRW Jusos	Ergänze in Z. 382 nach „Produktion“: Die Bereitschaft klimaneutral zu produzieren muss von der Politik gefördert und durch Investitionen in die Forschung ausgeweitet werden.	Annahme
St-01-Ä10 Fassung AK: St-01-Ä11	406	NRW Jusos	Ergänze in Z. 406 nach „zu bringen“: Dennoch wollen wir auch die dezentrale, ökologische Produktion von Wasserstoff in NRW fördern und ausbauen.	Annahme in Fassung der Antragskommission: "Wir wollen die dezentrale, ökologische Produktion von Wasserstoff in NRW fördern und ausbauen. Klar ist aber..."
St-01-Ä12	416	NRW Jusos	Ergänze in Z. 416 nach „können“: Mit einem Zukunftskonzept für die Industrie in NRW schaffen wir eine Grundlage für eine tieferegreifende Debatte um die Gestaltung der nationalen Energiewende.	Annahme
St-01-Ä13 Fassung	544	NRW Jusos	Ergänze in Z. 544 nach „emissionsfreien Antrieben“: und Errichtung entsprechender Tankstellen, wie etwa für Wasserstoff,	Annahme in der Fassung der Antragskommission:

Ung AK: St-01- Ä14				Zeile 590: zum Aus- und Aufbau einer (Tank-) Infrastruktur.
St-01- Ä15	551	NRW Jusos	Füge nach Z. 551 einen neuen Punkt ein: Die Abschaffung der Schuldenbremse als politisches Ziel aus der Länder- & Bundesverfassung, um einen geeigneten Rahmen für zukunftsgerichtete Investitionen zu sichern.	Votum folgt
St-01- Ä16	564	NRW Jusos	Füge nach Z. 564 einen neuen Punkt ein: Förderungen nur für gesellschaftlich sinnvolle Projekte. Nicht alles, was technisch möglich ist, sollte auch von uns gefördert werden. So sprechen wir uns etwa gegen Förderungen für Rüstungsgüter und Forschungen, die versucht Genmaterial zu optimieren, aus.	Erledigt durch die Annahme L-01-24 in der Fassung der Antragskommission.
St-01- Ä17	600	NRW Jusos	Ergänze in Z. 600 nach „diese weiterentwickeln“: Bei einem Umstieg auf eine gänzlich klimaneutrale Wasserstoffwirtschaft ist auch wichtig die Fuhrparks mit zu bedenken. Unternehmen in öffentlicher Hand, sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts nehmen eine Vorreiterrolle ein, indem ihre Fahrzeuge zukünftig auf Wasserstoffantrieb umgestellt werden.	Ablehnung
St-01- Ä18	624	NRW Jusos	Ergänze in Z. 624 vor „Bezahlbare“: Bis 2030 soll Deutschland das klimafreundlichste und engmaschigste Mobilitätsangebot weltweit bieten.	Annahme
St-01- Ä19	633	NRW Jusos	Ergänze in Z. 633 nach „Schienenwegen“: welche in puncto Güterverkehr Vorrang vor der Straße haben müssen,	Annahme
St-01- Ä20 Fassung AK: Ä21	642	NRW Jusos	Ergänze in Z. 642 nach „werden.“: Insgesamt muss, unabhängig von der Antriebsart, das Schienennetz ausgebaut und modernisiert werden.	Annahme in Fassung der Antragskommission: Insgesamt muss das Schienennetz ausgebaut und modernisiert werden.
St-01- Ä22	649	NRW Jusos	Füge in Z. 649 einen neuen Punkt ein: Die Stärkung der Kreativwirtschaft mit einer besonderen Förderung der Games-Branche. NRW ist Gamesland mit großen internationalen Publishern, aber auch Start-ups. Wir wollen die Videospieleindustrie fördern, um mit ihr zukunftsfeste Arbeitsplätze in NRW zu sichern und auszubauen.	Annahme
St-01- Ä23	709	NRW Jusos	Ergänze in Z. 709 nach „ansetzt“: Dafür benötigen wir ein wirksames Lieferkettengesetz, mit welchem wir für weiterhin notwendige Lieferketten auch global für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne kämpfen und das Klima schützen.	Erledigt durch Gesetz
St-01- Ä24	709	NRW Jusos	Füge nach Z. 709 einen neuen Punkt ein: Eine angepasste Regelung der öffentlichen Vergabepolitik und Fördermittelvergabe, die die Wahrung der kollektiven Rechte an der Innovation sichert.“	Erledigt durch L-01-26
St-01- Ä25	728	NRW Jusos	Füge nach Z. 728 einen neuen Punkt ein: Die Aufhebung des Arbeitgeber*innen-Vetos bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen.	Annahme
St-01- Ä26	735	NRW Jusos	Ergänze in Z. 735 nach „Technologien“: Um die betriebliche auf unternehmerische Mitbestimmung auszuweiten, wollen wir die Mitbestimmungsrechte in §87BetrVG um die Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen ausweiten. Wirtschaftsausschüsse sollen aufgewertet werden, indem ihnen nicht mehr nur ein Beratungs-, sondern auf ein Mitbestimmungsrecht zukommt.	Votum folgt

St-01-Ä27 Fassung AK: Ä28	745	NRW Jusos	Ersetze Z. 745 bis 749 durch: Die Stärkung der Transformationsfähigkeit der Arbeitnehmer*innen durch ein Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung sowie nach einem Recht auf Arbeit, zu dem für uns auch das Konzept einer Jobgarantie gehört.	Annahme in Fassung der Antragskommission: Die Stärkung der Transformationsfähigkeit der Arbeitnehmer*innen durch ein Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung sowie nach einem Recht auf Arbeit.
St-01-Ä29	749	NRW Jusos	Füge nach Z. 749 einen neuen Punkt ein: Die Stärkung der Ausbildung und den Ausbau der Kapazitäten der Berufskollegen. Junge Menschen müssen schon in der Ausbildung auf den Wandel der Industrie vorbereitet werden, indem man den Ausbildungsrahmenplan an die Anforderung der Zeit anpasst. Die Sicherung ihrer Zukunftsperspektiven kann insbesondere durch eine Ausbildungsplatzumlage und Ausbildungsgarantie verwirklicht werden.	Annahme

Landesparteitag 2021

Vermerk zu den Anträgen:

Antrag	Antragstitel	Vermerk
K-07 KV Paderborn	(Wieder) Mehr Demokratie wagen – integrierte Stichwahl für Bürgermeister*innen und Landrät*innen einführen	KV Paderborn zieht den Antrag zurück
ST-05 UB Borken	Vorsteuerbefreiung für gemeinnützige Sportvereine	Änderung des Votums der Antragskommission: Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Landesvorstand
A-03 AG 60 plus NRW	Keine Anschaffung bewaffneter Drohnen in der Bundeswehr	Ändern auf: Überweisung an die Bundestagsfraktion